


Zukunftspakt für Bielefeld




**SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
BÜRGERNÄHE/PIRATEN**

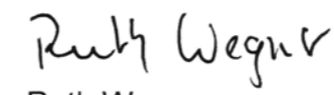
März 2015



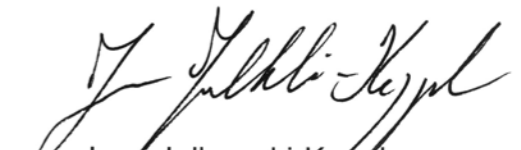
Marcus Lufen,
Vors. SPD Bielefeld



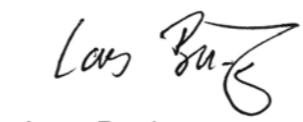
Georg Fortmeier,
Vors. SPD-Fraktion



Ruth Wegner,
Vors. Bündnis 90/Die GRÜNEN



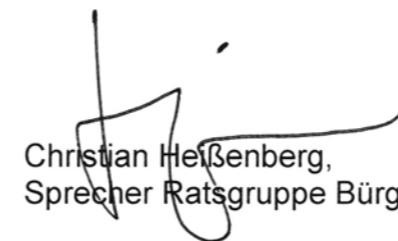
Jens Julkowski-Keppler,
Vors. Fraktion Bündnis 90/Die
GRÜNEN



Lars Büsing,
Vors. Piratenpartei Bielefeld



Martin Schmelz,
Vors. des Vereins „Bürgernähe“



Christian Heißenberg,
Sprecher Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN

Inhaltsverzeichnis

1. Präambel.....	5
2. Finanzen	6
3. Soziales	8
4. Kinder, Jugend, Schule, Sport.....	11
5. Stadtentwicklung, Verkehr	14
6. Wirtschaft	17
7. Digitale Agenda.....	18
8. Kultur	19
9. Umwelt, Natur, Klimaschutz	20
10. Energie.....	22
11. Gleichstellung	23
12. Regionale Zusammenarbeit	23

Zukunftspakt für Bielefeld

Präambel

Bielefeld hat sich 800 Jahre nach Gründung zu einer lebens- und liebenswerten Großstadt entwickelt. Wir verfügen über eine sehr gut ausgebaute soziale und kulturelle Infrastruktur, sind bekannt und anerkannt als Bildungs- und Hochschulstandort und sind attraktiv für junge Menschen. Unsere Lage im Zentrum der dynamischen und modernen Wirtschaftsregion Ostwestfalen-Lippe bietet große Chancen für zukunftsfähige interkommunale Konzepte.

Wir sind aber auch eine Stadt im Grünen mit hoher Lebensqualität und schützenswerten Naturräumen. Auch diese Stärken wollen wir weiterentwickeln. Bielefeld ist eine bunte, tolerante und weltoffene Großstadt, die Zugewanderte und Geflüchtete willkommen heißt.

Mit einer digitalen Agenda wollen wir dafür sorgen, dass mit Hilfe der neuen Medien mehr Transparenz, eine bessere Zugänglichkeit zu Informationen und eine bessere Kommunikation zwischen Politik, Bürger/innen und Verwaltung erreicht wird.

Unsere politische Arbeit wird u.a. geleitet von den Prinzipien Transparenz und Bürger/innenbeteiligung, Nachhaltigkeit und regionale Kreislaufwirtschaft sowie Inklusion und Integration.

Nach wie vor befinden wir uns in Bielefeld in einer sehr schwierigen Haushaltssituation, deren Bewältigung uns erhebliche Anstrengungen abverlangt. Wir halten an dem Ziel eines in Aufwand und Erträgen ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2022 fest und werden auf dem Weg dahin jährlich genehmigungsfähige Haushalte verabschieden. Ziel ist es auch in dieser Wahlperiode, die Gestaltungsfähigkeit im Rat zu erhalten und notwendige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt zu ermöglichen.

Die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN sowie die Ratsgruppe BÜRGERNÄHE/PIRATEN vereinbaren einen „Zukunftspakt für Bielefeld“. In dieser Koalition wollen wir gemeinsam mit dem Oberbürgermeister die wichtigen Aufgaben lösen und Bielefeld als

- soziale Stadt für Familien und Zuwanderer,
- Stadt der Bildung und Wissenschaft,
- Stadt der Wirtschaft, Industrie, des Mittelstands und des Handwerks,
- Stadt der Kunst und Kultur,
- Stadt der digitalen Agenda,
- Stadt in der Region,
- Stadt des Klimaschutzes und
- Stadt der Bürgerbeteiligung weiter entwickeln.

Wir laden alle Fraktionen des Rates ein, an der Umsetzung dieser Ziele mitzuarbeiten.

Finanzen

Angesichts der schwierigen Haushaltslage mit 1,2 Mrd. Euro Schulden und einem aktuellen Jahresdefizit von mehr als 80 Mio. Euro ist es unsere Aufgabe, den städtischen Haushalt zu konsolidieren. Wir wollen bis 2022 den Haushaltsausgleich erreichen, um dann engagiert den Schuldenabbau zu betreiben. Nur so kann die kommunale Handlungsfähigkeit für unsere lebenswerte Stadt mit einer angemessenen und kulturellen Infrastruktur erhalten werden. Auf dem Weg zum Haushaltsausgleich in 2022 ist für jedes Jahr ein genehmigungsfähiger Haushalt notwendig.

Die Entwicklung des städtischen Haushalts ist von vielen Bedingungen abhängig, die wir nicht alleine beeinflussen können. Für uns gilt: Wir werden konsequent die Konsolidierung der städtischen Finanzen verfolgen und gleichzeitig darauf achten, unsere Stadt nicht „kaputt zu sparen“.

Wir haben ein Konsolidierungsziel von 30 Mio. Euro für 2018 vereinbart, welches in nahezu gleichem Umfang durch Aufwandsreduzierungen und Einnahmesteigerungen erreicht werden soll. Unabhängig von laufenden Schwankungen im Rahmen des Haushaltsvollzugs oder externen Einflüsse, wollen wir spätestens ab 2018 gegenüber der bisherigen Mittelfristplanung eine Verbesserung in diesem Umfang durch eigene Maßnahmen erreichen.

Hierzu werden Konsolidierungen in allen Verwaltungs- und Leistungsbereichen auf der Aufwandsseite verfolgt:

- Wir werden in dieser Wahlperiode den Personalaufwand bei der Kernverwaltung um 6 Mio. Euro reduzieren. Dabei setzen wir auf die konsequente Bereinigung von Doppelstrukturen und auch die Absenkung von Standards. Betriebsbedingte Kündigungen und die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen schließen wir grundsätzlich aus.
- Wir werden im Bereich der Sachaufwendungen 4 Mio. Euro bis 2018 konsolidieren. Dabei setzen wir u.a. auf die Überprüfung des Kontrahierungszwangs zwischen Kernverwaltung und Eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, interkommunale Kooperationen und strukturelle Veränderungen.
- Wir werden bei den Beteiligungen (einschließlich der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen) 3 Mio. Euro bis 2018 konsolidieren. Dabei setzen wir auf jede Art von nachhaltigen Ergebnisverbesserungen, ggfs. auch durch die Absenkung von Standards.
- Über weitere Projekte werden wir bis 2018 zusätzlich 3 Mio. Euro konsolidieren.

Um das beschriebene Ziel erreichen zu können, sehen wir uns jedoch dazu gezwungen, auch die Grundsteuer B auf einen Hebesatz von 660 Punkten zu erhöhen. Das werden wir in drei gleichwertigen Schritten für 2015, 2016 und 2017 umsetzen. Dadurch erreichen wir ungefähr 15 Mio. Euro Mehreinnahmen nachhaltig ab 2017.

Unsere Strategie werden wir in einem Haushaltsbegleitbeschluss mit der Verabschiedung des Haushaltsplans für 2015 konkretisieren und unter anderem einen Gewerbesteuerprüfdienst einrichten.

Die Möglichkeiten zur finanziellen Förderung von Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklungsprojekten durch EU-Förderprogramme sollen stärker als bisher genutzt werden. Hierzu sind personelle Ressourcen bereit zu stellen.

Investieren in die Zukunft der Stadt

Eine gute und funktionstüchtige Infrastruktur ist wichtig für den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität. Deshalb werden wir uns im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten für ihren Erhalt, ihre Pflege und ihre bedarfsgerechte Weiterentwicklung einsetzen.

Die Substanzerhaltung des rund 1.300 km umfassenden Straßennetzes in Bielefeld, der Wege und Plätze, der Schulen, Verwaltungsgebäude, Sporthallen, Kindergärten usw. ist eine Herkulesaufgabe. Zwar können wir auf Investitionsförderungen des Landes (Sportpauschale, Bildungspuschale) zurückgreifen, müssen aber auch eigenes Geld investieren. Solange wir einen genehmigten Haushalt erreichen, werden wir ein Kreditvolumen von ca. 25 Mio. Euro pro Jahr einsetzen dürfen. Wenn wir die Haushaltsgenehmigung verfehlen, reduziert sich dies voraussichtlich auf 6 Mio. Euro im Jahr. Das belegt die Wichtigkeit unserer Konsolidierungsstrategie.

Den Aufbau und den Einsatz des strategischen und operativen Straßenerhaltungsmanagements werden wir weiter verfolgen. Die Substanzerhaltung ist dabei ein Minimalziel. Sie reicht nicht, um dem kontinuierlichen Werteverzehr (durch Abschreibungen) auszugleichen. Wir streben deshalb in den Grenzen unseres Haushalts eine angemessene Bestandspflege an.

Wir wollen in den nächsten Jahren bereits laufende Investitionsprogramme weiterführen (z.B. energetische und behindertengerechte Gebäudesanierung, Schulbausanierung, Erneuerung des Fahrzeugbestandes der Feuerwehr) und wichtige neue Investitionsvorhaben verfolgen. Dazu zählen z.B. folgende Projekte:

- Sanierung oder Ersatzbau für die Martin-Niemöller-Gesamtschule
- Sanierung des Weser-Lutter-Kanals
- Sanierung oder Ersatzbau für die Almsporthalle
- Sanierung oder Ersatzbau für das Freizeitzentrum Baumheide

Wichtig wird sein, auf Landes- und Bundesebene für ein Investitionsförderprogramm zu werben, das uns wie die Konjunkturpakete I und II hilft, wichtige Vorhaben bewältigen zu können. Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) lehnen wir grundsätzlich ab.

Soziales

Wir wollen eine solidarische Stadtgesellschaft, die sich sozial und inklusiv versteht. Ausgrenzung durch Armut, Behinderung sowie Arbeitslosigkeit ist mit einer zukunftsfähigen Stadtgesellschaft unvereinbar.

Der demografische Wandel ist eine immer größer werdende Herausforderung. Alle Bielefelderinnen und Bielefelder sollen gleiche Chancen haben und im Alter so lange wie möglich selbstbestimmt leben.

Der Erhalt und die Absicherung des sozialen Netzes sind oberste Maxime. Wir setzen auf die bewährte Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugend-, Frauen- und Sozialarbeit.

Vorausschauende und präventive Sozialpolitik sorgt dafür, dass Probleme sehr früh erkannt werden oder gar nicht erst entstehen.

Leistungsverträge

- Wir stehen für die Erhaltung und Absicherung des sozialen Netzes durch die zielgerichtete Weiterentwicklung der Leistungsverträge. Ab dem Jahr 2017 wird das Budget auf der Basis der Ende 2016 erreichten Summe gesichert. Für die Jahre 2017-2019 planen wir eine Steigerung von bis zu 2% pro Jahr für Personalkosten ein.
- In einem ständigen Dialog mit den Aufgabenträgern wollen wir rechtzeitig qualitative und quantitative Änderungsbedarfe im Feld der Leistungen identifizieren und umsetzen.
- Wir wollen die Leistungsvertragspartner bestärken, auch zukünftig der Vielfalt, den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Menschen in unserer Stadtgesellschaft besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
- Unser gemeinsames Ziel ist es, die in der Vielfalt steckenden Potenziale zu realisieren. Dafür überprüfen wir in unseren Organisationen Strukturen und Prozesse auf Chancengleichheit. Gleichzeitig wird ein Bewusstsein für Vielfalt geschaffen und die notwendige Kompetenz für den erfolgreichen Umgang mit Vielfalt vermittelt (Diversity Management). Dazu lädt die Stadtverwaltung zu einem öffentlichen Hearing mit allen Vertragspartnern ein.
- Zusätzliche Bundesmittel (z.B. Bundesleistungsgesetz, Übernahme der Kosten für Grundsicherung im Alter) dienen der Entlastung des allgemeinen Haushalts.

Sozialticket

- Das Sozialticket wird im Rahmen der Landesförderung sowie entstehender Mehreinnahmen bei moBiel fortgeführt. Diese Mittel sind von der Landesregierung bis 2017 zugesagt.

Bielefeld ist vielfältig und weltoffen

Jede/r dritte Bielefelder bzw. Bielefelderin hat eine Migrationsgeschichte und wir sind stolz auf das friedliche und gedeihliche Miteinander der Menschen mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen und religiösen Prägungen. Die Integration findet im Alltag, im Quartier, in den Bildungseinrichtungen, Betrieben und Vereinen statt. Stadt und Kommunalpolitik haben eine Verantwortung bei der Schaffung der Rahmenbedingungen für eine umfassende Integration, die von gegenseitigem Respekt und Anerkennung geprägt ist.

Wir unterstützen deshalb die Arbeit des Integrationsrates und setzen das Integrationskonzept zügig um. Den begonnenen Prozess der Integration von Sonderdiensten in Regeldienste der Stadt werden wir kritisch begleiten.

Die wichtige Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums mit allen seinen Funktionen werden wir konstruktiv begleiten und unterstützen.

Die Bildung und Ausbildung von jungen Menschen aus Einwanderungsfamilien genießt weiterhin hohe Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Möglichkeiten der Einbürgerung von anspruchsberechtigten Zugewanderten genutzt werden.

Geflüchtete willkommen

Menschen, die aus anderen Ländern Zuflucht bei uns suchen, sind keine Belastung, sondern Chance und Verpflichtung. Sie sind manchmal Gäste auf Zeit, die behandelt werden sollten, wie man gemeinhin Gäste behandelt: Mit allem Respekt und Aufmerksamkeit. Diejenigen, die bei uns bleiben, haben es verdient, dass sie mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten integrativ unterstützt werden. Willkommenskultur soll keine Phrase sein, sondern gelebtes Miteinander.

Neben einer menschenwürdigen Unterbringung und einer guten sozialarbeiterischen Betreuung wollen wir aber auch für eine gute Kinderbetreuung, Beschulung und Berufsausbildung der Geflüchteten sorgen. Eine zentrale Rolle bei der Integration Geflüchteter spielt die Sprachförderung. Wir werden alle kommunalen Möglichkeiten nutzen, um diese möglichst vielen der Geflüchteten zuteilwerden zu lassen. Bei der Suche nach Beschäftigung werden das Jobcenter und die REGE Hilfen anbieten und alle Möglichkeiten zur möglichst schnellen Integration in den Arbeitsmarkt nutzen. Aufgrund der vielfältigen Aufgaben, vor die uns die Aufnahme und Integration der Geflüchteten stellen, halten wir eine Bündelung der Zuständigkeiten in der Verwaltung für notwendig.

Viele Menschen engagieren sich in vielfältiger Weise ehrenamtlich für Geflüchtete. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement wollen wir weiterhin ermöglichen und nach Kräften unterstützen. Hierbei ist unbürokratisches Handeln gefragt! Neben der dezentralen Unterbringung der Geflüchteten, die wir auch weiterhin neben den Unterkünften in der Teichsiede und der Eisenbahnstraße für notwendig halten, ermöglicht das breite zivilgesellschaftliche Engagement die schnelle soziale Integration der Geflüchteten in unserer Stadt. Bund und Land sind aufgefordert, die Kommunen bei der Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe stärker finanziell zu unterstützen.

Inklusion

Menschen mit Behinderungen tragen zur Vielfalt unserer Stadt bei. Ihre gleichberechtigte Teilhabe ist unser gemeinsames Ziel. Bielefeld ist Standort der europaweit größten diakonischen Einrichtungen. Darum leben in Bielefeld ungewöhnlich viele Menschen mit Behinderungen; ihr Dabeisein ist bei uns – vor allem in Gadderbaum, aber auch in der übrigen Stadt – gelebter Alltag. Barrierefreiheit ist ein selbstverständliches Ziel bei allen Maßnahmen der Stadtentwicklung, im Straßenraum und allen öffentlichen Gebäuden. Wir sind hier auf einem hohen Niveau unterwegs. Weil aber noch nicht überall die Barrierefreiheit erreicht wurde, werden wir bei allen Baumaßnahmen und stadtplanerischen Aktivitäten Wert darauf legen. Eine barrierearme Stadt ist nicht nur gut für Menschen mit Behinderung, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger.

Demografischer Wandel

Aufgrund des demografischen Wandels gewinnt das Thema „selbstbestimmtes Wohnen“ mehr und mehr an Bedeutung. Mit der Zunahme des Anteils älterer und hochbetagter Menschen in unserer Gesellschaft nimmt auch die Zahl der pflegebedürftigen Menschen zu und somit der Bedarf an barrierefreiem Wohnraum und quartiersbezogenen, niederschweligen Versorgungsangeboten. Schon in den 1990er Jahren haben die städtische Wohnungsbaugesellschaft BGW und die Baugenossenschaft „Freie Scholle“ gemeinsam mit der Stadt das „Bielefelder Modell“ entwickelt. Die Besonderheit des „Bielefelder Modells“ ist ein quartiersbezogener Ansatz des Wohnens mit Versorgungssicherheit. Einbezogen in bestehende Wohnquartiere und in guter infrastruktureller Anbindung werden älteren Menschen oder Menschen mit Behinderung komfortable und barrierefreie Wohnungen geboten. Kombiniert ist dieses Angebot mit einem Wohncafé als Treffpunkt und Ort der Kommunikation, der allen Menschen in der Nachbarschaft offen steht. Gleichzeitig ist ein sozialer Dienstleister mit einem Servicestützpunkt und einem umfassenden Leistungsangebot rund um die Uhr im Quartier präsent. Alle Mieter können auf die Hilfs- und Betreuungsangebote zurückgreifen, müssen diese aber nur im tatsächlichen Bedarfsfall bezahlen.

- Jedem Menschen soll es ermöglicht sein, solange er oder sie es will und kann, in seiner Wohnung oder seinem Haus zu leben. Ein starkes Netz ambulanter Angebote sichert dies. Wir werden die bedarfsgerechte Weiterentwicklung dieser Angebote deshalb auch in Zukunft im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten unterstützen.
- Von großer Bedeutung ist für uns die Wertschätzung der Menschen, die als Angehörige oder im bürgerschaftlichen Engagement Pflegearbeit leisten. Die Unterstützung und Begleitung ihrer Anstrengungen ist Teil unseres präventiven Ansatzes.

- In Ergänzung ambulanter Pflegedienste werden die pflegebedürftigen Menschen aber auch in Zukunft in Bielefeld stationäre Angebote zur Pflege benötigen. Wir werden den Planungsauftrag nach dem neuen Alten- und Pflegegesetz des Landes NRW für eine sozialraumorientierte, bedarfsgerechte und verbindliche Planung nutzen.
- Darüber hinaus werden wir prüfen, wie wir durch weitere präventive Maßnahmen und durch die Vernetzung von Angeboten dazu beitragen können, die Entstehung von Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder hinauszuschieben. Dazu werden wir die neuen Möglichkeiten des von der Bundesregierung geplanten Präventionsgesetzes nutzen.

Kommunale Arbeitsmarktpolitik

In Bielefeld arbeiten derzeit mehr als 141.000 Menschen in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Trotzdem belegt die gegenwärtige Arbeitslosenquote mit 9,5 % einen weiteren Handlungsbedarf für eine kommunale Arbeitsmarktpolitik.

- Wir wollen über das Jobcenter in guter Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit insbesondere die Gruppe der Langzeitarbeitslosen verkleinern und der Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegen wirken. Dies geht nur durch gezielte gruppenspezifische Angebote. Junge Arbeitslose ohne Berufsausbildung benötigen eine andere Unterstützung als ein/e Migrant/in ohne Deutschkenntnisse oder ein älterer Mensch mit persönlichen Einschränkungen.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Eingliederungstitel bei der Bundesagentur wieder erhöht und ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt für die Menschen etabliert wird, die auf dem ersten Arbeitsmarkt absehbar keine Chance haben.
- Die Bielefelder Ausbildungsoffensive (Ziel: bis 2018 für jeden und jede Auszubildende/n einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, Schaffung von mehr Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Fachkräftesicherung) wird fortgeführt. Maßnahmen werden konkretisiert. Die Stadt und die städtischen Töchter müssen als Vorbild vorangehen. Schwerpunkt wird es sein, mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete zur Verfügung zu stellen.

Bezahlbarer Wohnraum für alle

- Wir wollen auch weiterhin für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbares Wohnen in unserer Stadt ermöglichen. Dazu gehört einerseits die Bereitstellung entsprechender Wohnungen, andererseits aber auch die regelmäßige Überprüfung der Mietpreisentwicklung sowie die Ermittlung angemessener Mietpreise.
- Der „Klimabonus“ für energetisch sanierte Wohnungen hat sich bewährt und wird weitergeführt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

- Wir fühlen uns zum betrieblichen Gesundheitsmanagement für unser städtisches Personal verpflichtet. Es steht für die hohe Wertschätzung unserer städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das betriebliche Gesundheitsmanagement ist ein Teil der Führungsaufgaben und Führungsverantwortung und wird in Kooperation mit dem Personalrat aktiv und dauerhaft unterstützt.

Kinder, Jugend, Schule, Sport

KiTa

Bielefeld ist landesweit an führender Position, was die Bereitstellung von Kindertagesplätzen sowohl für Unter-Dreijährige als auch für Über-Dreijährige betrifft. Wir wollen diese bewährte Landschaft bedarfsgerecht weiter ausbauen, wobei ein Schwerpunkt auf flexible Öffnungszeiten unter Berücksichtigung des Bedarfs von Eltern aufgrund veränderter Arbeitszeiten gelegt werden soll. Ziel ist es, dass es wohnortnah Kitas und Tagespflegestellen geben soll, die diesen Anforderungen entsprechen. Im Vordergrund steht jedoch das Kindeswohl.

Trotz der sozialverträglichen Gebührenerhöhung, zu der wir uns gezwungen sahen, liegt der Elternanteil an der KiTa-Finanzierung unter dem Landesdurchschnitt. KiTas müssen auch weiter bezahlbar bleiben.

Kinderarmut

Wir wollen alle Möglichkeiten, Programme oder Maßnahmen bündeln, um der Entstehung von Kinderarmut entgegen zu wirken. Hier sind alle öffentlichen Einrichtungen (Ämter, REGE, Jobcenter, aber auch Vereine und Verbände) gefordert.

- Das Projekt „SPORTS4KIDS“ soll evaluiert und gegebenenfalls fortgeführt werden.
- Kindern aus einkommensschwachen Familien soll auch weiterhin der Zugang zu sozialen, kulturellen und Freizeitangeboten ermöglicht werden. Das gilt auch für die Nutzung des ÖPNV.

Kinder- und Jugendarbeit

Das finanzielle Budget für den Bereich Kinder- und Jugendarbeit bleibt erhalten.

- In Hinblick auf den Umfang, die Öffnungszeiten, die Struktur (stationär, mobil) und die räumliche Verteilung der Angebote soll es einen „Konzept-Check“ geben. Dieser ist in Anbetracht geänderten Freizeitverhaltens sowie vor dem Hintergrund der nahezu flächendeckend vorhandenen OGS-Angebote notwendig und sinnvoll. Er soll gemeinsam mit den Anbietern durchgeführt werden. Mögliche Veränderungen der Angebote sollen in die Leistungsverträge eingehen.
- Unterstützung von selbstorganisierter Kinder- und Jugendarbeit.
- Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, etwa in Jugendräten, sollen verbessert werden.
- Das FZZ Baumheide soll in dieser Ratsperiode saniert oder neu gebaut werden. Dies soll nach Möglichkeit im Rahmen eines Stadtumbauprojekts erfolgen.

Schule

Unsere Stadt verfügt über eine gute und differenzierte Schullandschaft, die es nicht zuletzt in Anbetracht der demografischen Veränderungen weiterzuentwickeln gilt. Das Land unterstützt uns dabei, indem es neue Schulformen und -konzepte ermöglicht. Die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre besteht in der schulischen Inklusion, der wir uns verstärkt widmen werden.

Schulentwicklungsplanung

- Wir wollen gemeinsam mit Eltern, Schulkollegien und Schulkonferenzen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung qualitative Entwicklungsziele für unser Bielefelder Schulsystem erarbeiten. Dabei wollen wir die Erfahrungen der Bielefelder Universität nutzen. Wir streben mehr integrierte Schulformen und mehr jahrgangsübergreifendes Lernen an.
- Die AG Schulentwicklungsplanung (SEP) des Schulausschusses soll öffentlich arbeiten. Die Ergebnisse der jährlich stattfindenden kommunalen Bildungskonferenz sollen in der SEP umgesetzt werden.

Schulische Inklusion

- Wir wollen die Inklusion. Sie ist gesellschaftlich erwünscht und gesetzlich vorgeschrieben, pädagogisch richtig und sinnvoll. Sie stellt die Schulen vor Herausforderungen, die aber zu meistern sind. In erster Linie erfordert Inklusion von uns allen ein Umdenken, dass jeder zu uns gehört und dass wir aufmerksam und achtungsvoll miteinander umgehen. Unsere Aufgabe ist es, Lebensumfelder zu schaffen, die es allen Menschen, auch Menschen mit Beeinträchtigungen, ermöglicht, ihr individuelles Leben selbstbestimmt zu leben. Bis zu diesem Ziel haben wir noch einen langen Weg vor uns. Wir wollen im Bereich von Schule diesen Weg mit großem Engagement weiterverfolgen.
- Wir wollen uns mit Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern gleichermaßen bemühen, an vielen Schulen ein geeignetes Schulklima für Inklusion zu schaffen. Wir appellieren an die Schulen, die vorhandenen Beratungsangebote stärker zu nutzen.
- Bei der schrittweisen Umsetzung der Inklusion sind wir auf die finanzielle Unterstützung der Landesregierung angewiesen.
- Förderschulangebote werden bedarfsgerecht vorgehalten.

Offene Ganztagschule (OGS)

- Wir wollen die Voraussetzungen für eine gute OGS-Betreuung sicherstellen. Dazu werden wir die Finanzausstattung der OGS-Träger verbessern. In einem ersten Schritt haben wir die zur Verfügung stehende Summe um 1,2 Mio. Euro jährlich erhöht. Gemeinsam mit den Trägern und unter Federführung des Schulamtes wollen wir Qualitätsstandards, die Mindestanforderungen festlegen (Betreuungsschlüssel, tarifliche Bezahlung, Qualität der Angebote) und die Trägervielfalt sichern.
- Wir erwarten von der Verwaltung eine entscheidungsfähige Prioritätenliste für notwendige bauliche Investitionsmaßnahmen.

Schulessen

- Das gemeinsame Essen in der Schule ist ein wichtiger Bestandteil im pädagogischen Alltag und stärkt das Miteinander. Wir wollen, dass möglichst alle Kinder daran teilnehmen und deshalb die Qualität des Essens verbessern sowie die Bezahlbarkeit sicherstellen.

Die Schulkonferenzen sollen ihre Möglichkeiten wahrnehmen, diesbezüglich mitzuwirken.

Bei der Herstellung des Schulessens sollen vornehmlich saisonale und regionale Lebensmittel verwendet werden.

Projekt: „Ein Bauernhof für jede Schule“

- Wir streben die enge Kooperation der lokalen Landwirtschaft mit unseren Schulen an. Wir möchten dafür die Unterstützung des Landwirtschaftlichen Kreisverbands Bielefeld sowie zusätzliche Sponsoren gewinnen.

Schulsozialarbeit

An vielen Schulen wird der pädagogische Alltag durch städtische bzw. durch Landesmittel finanzierte Sozialarbeit ergänzt. Diesen Bedarf an Schulsozialarbeit sehen wir auch weiterhin. Durch Landesmittel ist z.Z. die Weiterführung der bisher vom Bund finanzierten Sozialarbeit bis 2017 an derzeit 30 Standorten sichergestellt.

Medienausstattung an Schulen

Seit Erstellung des Medienentwicklungsplans (MEP) im Jahr 2004, auf dessen Grundlage die medientechnische Ausstattung der Schulen durch das Schulamt vorgenommen wird, haben sich die Rahmenbedingungen stark verändert. Eingetretene Entwicklungen, z.B. im Bereich der Netzwerktechnik und der Nutzung mobiler Geräte, erfordern eine Überprüfung früherer Planungen. Der MEP soll daher aktualisiert und neue strategische Ziele für die Ausstattung der Bielefelder Schulen im kommenden Jahrzehnt gesetzt werden.

Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen an Schulgebäuden

Die laufenden Programme zur Schulbausanierung und zur Schaffung von Barrierefreiheit werden fortgesetzt. Die Sanierung bzw. ein Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule wird geprüft und soll möglichst schnell begonnen werden.

Sport

Der Sport spielt für Gesundheit und Wohlbefinden eine große Rolle. Neben dem organisierten Sport in den vielen Vereinen unserer Stadt betreiben zunehmend mehr Menschen in ihrer Freizeit vereinsungebundenen Sport. Diesen beiden Aspekten der sportlichen Freizeitgestaltung wollen wir auch weiterhin Rechnung tragen.

- Der mit dem Stadtsportbund (SSB) erzielte Kompromiss zur Verwendung der Sportpauschale (abwechselnd Stadt und SSB; 10% für den Ausbau von vereinsungebundenen Sportmöglichkeiten) wird weitergeführt.
- Für die dringend notwendigen Sanierungen von Sporthallen wird eine gemeinsame Prioritätenliste erstellt und abgearbeitet, die sich u. a. an der Auslastung der jeweiligen Hallen orientiert.
- Es besteht Einigkeit darüber, dass der vereinsungebundene Sport mit mehr Engagement unterstützt wird. Maßnahmen sind u.a. die Öffnung kommunaler Sportplätze und die Schaffung weiterer Sportgelegenheiten.

Stadtentwicklung

ÖPNV

Für ein familienfreundliches Bielefeld, für das Wirtschafts-, Wissenschafts-, Handels- und Kulturzentrum Bielefeld ist ein gut ausgebauter ÖPNV ein entscheidender Standortfaktor.

Wir sind davon überzeugt, dass insbesondere der schienengebundene ÖPNV, ein leistungsfähiges Stadtbahn-system, ein wesentliches Element für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung ist. Es geht insbesondere um Klimaschutz, Emissions- und Lärmverringerung, Sicherung der Mobilität für Menschen mit Einschränkungen und/oder geringem Einkommen, effizienten Ressourcen-Einsatz und Minderung des Flächenverbrauchs.

Deshalb wollen wir das Stadtbahnnetz deutlich erweitern. Der Rat der Stadt hat in den letzten Jahren auf der Grundlage des vom Verkehrsunternehmen moBiel im Jahre 2008 entwickelten Konzepts „moBiel2030“ wichtige Beschlüsse gefasst. Wir werden auf dieser Basis weiterarbeiten. Klar ist für uns, dass wir die Idee einer durchgehenden neuen Stadtbahnlinie 5 von Heepen über das Stadtzentrum nach Sennestadt nicht weiterverfolgen und damit das Ergebnis der Bürgerabstimmung vom 25. Mai 2014 akzeptieren.

Weil wir aber auch sehen, dass die Anbindung der Sennestadt an das Stadtbahnnetz breite Zustimmung findet, dass in der Brackweder Hauptstraße niedrigflurige Bahnsteige auf größere Akzeptanz stoßen als übliche Hochbahnsteige, dass der Jahnplatz mit seinen über 900 Bussen täglich überbelastet ist, Entlastung durch ein oberirdisches Schienensystem benötigt wird und weil wir aus wirtschaftlichen Gründen die hohen ÖPNV-Nutzerkapazitäten der Berufskollegs erreichen wollen, werden wir die Prüfung einer Stadtbahnlinie von Sennestadt über den Jahnplatz und die Heeper Straße bis zur Radrennbahn auf den Weg bringen.

Hierfür sollen ergebnisoffen:

- die Fördermöglichkeiten durch Bund und Land
- der Einsatz von Hochflur- oder Niederflurtechnik
- die Umgestaltung des Jahnplatzes
- die Führung auf der Heeper Straße
- die Wendeanlage an der Radrennbahn

geprüft werden.

- Wir begrüßen den in Bau befindlichen Streckenabschnitt der Linie 2 Milse/Altenhagen und werden auch die Verlängerung der Linie 3 nach Hillegossen mit Nachdruck voranbringen.
- Bis 2022 müssen lt. Bundesgesetzgeber alle Haltestellen im ÖPNV barrierefrei um- und ausgebaut werden. Diesen Prozess werden wir unterstützen, ebenso wie die Errichtung eines zweiten Betriebshofes für moBiel.
- Die beschlossenen Planungen zu den Stadtbahnprojekten der Linie 4, nämlich die Verlängerung in das Quartier Dürkopp-Tor 6 und die Verlängerung von der Haltestelle Lohmannshof hinaus bis zur Dürer Straße, werden von den Partnern unterschiedlich bewertet.

Beim Dürkopp-Tor 6-Gleis befinden wir uns aufgrund der gefassten Beschlüsse im Planfeststellungsverfahren, das von der Bezirksregierung Detmold durchgeführt wird.

Das Bebauungsplanverfahren „Stadtbahn zum Campus Nord“ wird weitergeführt.

Bei diesen Planungen soll eine umfangreiche Bürgerbeteiligung erfolgen. Die Chancen und Risiken, die Potentiale einer verbesserten Erschließung in diesem Quartier bis hin zu der Idee, die Linie 4 bis zum derzeitigen Endpunkt der Linie 3 in Babenhausen-Süd zu verlängern, müssen abgewogen werden.

- Für das gesamte Bielefelder Netz werden wir die Prüfung eines fahrscheinlosen, umlagefinanzierten ÖPNVs auf den Weg bringen.

Nahmobilitätsförderung

Wir wollen die Nahmobilität (insbesondere den Radverkehr) verbessern. Hierzu soll der Etat für Radverkehr auf 100.000 Euro jährlich erhöht werden. Ein Schwerpunkt soll auf dem Abbau von Unfallschwerpunkten sowie der Schaffung von Lückenschlüssen gelegt werden.

- Das vorhandene Radewegenetz soll stärker mit den Radwegen in der Region vernetzt werden. Hierbei ist die Möglichkeit der Realisierung von Bürgerradwegen zu nutzen.
- Das Carsharing soll ausgebaut, mehr und komfortablere Fahrradparkplätze und Leihstationen sollen unter Nutzung von öffentlichem Parkraum eingerichtet werden.
- Die E-Mobilität wollen wir fördern, indem zusätzliche E-Tankstellen/Aufladestationen im Stadtgebiet gebaut werden.
- Bei der Neuausweisung von Wohngebieten soll der Bau von autofreien Quartieren ermöglicht werden.

Wohnen

Die Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum für alle, insbesondere für große Familien, hat einen zentralen Stellenwert.

- Der Bau neuer Mietwohnungen soll entsprechend der absehbaren Erfordernisse (Grundlage: Wohnungsmarktbericht) möglichst im Rahmen von innerstädtischer Nachverdichtung erfolgen.
- Am bewährten Prinzip der sozialen Durchmischung von Wohngebieten wollen wir festhalten.
- Beim bevorstehenden Abzug der britischen Rheinarmee werden große Flächen, zahlreiche Liegenschaften und Wohngebäude frei. Diese wollen wir u.a. zur Deckung des Wohnraumbedarfs nutzen.
- Die Realisierung eines Modellprojekts „Sozialgerechte Bodennutzung“ nach Münchener Beispiel wollen wir prüfen.
- Zur Freimachung untergenutzter Wohnungen sollen Anreize wie z.B. Umzugshilfen oder Freimachungsprämien geschaffen werden.

Straßen

In den kommenden Jahren sollen in erster Linie werterhaltende Straßensanierungen durchgeführt werden.

- Die B66n wird nicht gebaut. Der Bau einer vierspurigen Bundesstraße aus dem Osten der Stadt in das Zentrum wird nicht mehr weiterverfolgt. Die planerisch gesicherte Trasse soll jedoch für einen möglichen zukünftigen Verkehrsträger des ÖPNV freigehalten werden.
- Verkehrsberuhigung für den Braker Ortskern bleibt weiterhin Ziel.
- Über den Neubau der Grafenheider Straße (4. Bauabschnitt) wird erst nach dem Bau der Herforder Straße und dem Bau der L712n aufgrund der realen Verkehrsentwicklung entschieden. Sollte die Grafenheider Straße danach ausgebaut werden, verpflichten sich die Partner, eine gemeinsame umweltverträgliche Lösung zu finden.

Auf der Basis der bestehenden Beschlusslage soll es bei der weiteren Planung des Umbaus der Herforder Straße zu einer möglichst flächensparenden umweltverträglichen Lösung kommen. Für die L712n wird die bestehende Kreuzungsplanung mit dem Ziel der Verkleinerung überprüft. In Hinblick auf die in Zukunft verstärkt zu erwartenden Starkregenereignisse und die somit zu erwartenden Hochwassergefahren im Kreuzungsbereich wird eine Überprüfung der Sicherheit im Überschwemmungsgebiet angestrebt.

- Die Ortsumgehung Oldentrup wird nicht auf der Trasse der B66n gebaut.
- Der Jahnplatz soll für den motorisierten Individualverkehr beruhigt werden und eine Umgestaltung erfahren. Hier spielt die neu zu planende Linie Sennestadt/Radrennbahn eine große Rolle. Sollte diese Möglichkeit ausfallen, würde die Möglichkeit von Stadtbau-Fördermitteln eingehender geprüft. Das bestehende Gutachten zum Jahnplatz wird wieder aufgenommen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Stadtentwicklungsprojekte

- Wir wollen einen Prozess zur Entwicklung eines Konzepts für das Wilhelmstrassen-Quartier (Herforder Str./Friedrich-Ebert-Str., Kesselbrink, Friedrich-Verleger-Str.) initiieren, das verschiedene Nutzungen ermöglicht. Ein „Haus der Wissenschaft“ (mit Präsentationsflächen für Ausstellungen, Unternehmen oder Stiftungen) ist dort ebenso vorstellbar wie ein „Kulturhaus“ oder Wohnen. Der vorhandene Einzelhandel soll integriert, großflächiger Einzelhandel jedoch ausgeschlossen werden. Dieser Prozess soll mit breiter Bürgerbeteiligung erfolgen. Es soll eine Erweiterung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK)-Gebietes „Nördlicher Innenstadtrand“ um dieses Quartier sowie um den Jahnplatz und den Klosterplatz erfolgen.

- Laufende INSEK-Projekte werden fortgeführt und neugeschaffene Strukturen/Projekte nach Möglichkeit fortgesetzt.

Nach Abschluss der derzeit laufenden INSEK-Projekte in Sieker, Sennestadt und Gadderbaum werden Stad-
tumbau-Projekte für Baumheide und den Oberlohmannshof beantragt. Der dafür notwendige städtische Fi-
nanzierungsanteil ist in der mittelfristigen Finanzplanung vorzusehen.

Stadtbezirke

Die Stadtbezirke und Nebenzentren wollen wir in ihren Funktionen erhalten und stärken.

- Formen direkter Bürgerbeteiligung wollen wir ausbauen und zivilgesellschaftliches Engagement ermögli-
chen. In diesem Zusammenhang kommt den bestehenden Bezirksvertretungen eine besondere Bedeutung
zu.

Wirtschaft

Die Wirtschaft ist der Motor, der das städtische Leben antreibt. Es liegt im wohl verstandenen Interesse
Bielefelds, kommunale Wirtschaftsförderung zu betreiben, um Arbeitsplätze zu sichern bzw. neu zu schaffen
und den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen in Bielefeld zu unterstützen. In Bielefeld sind gewerbliche
Betriebe, Dienstleistungs- oder Handelsbetriebe und alle anderen wirtschaftlichen Unternehmen gleicher-
maßen willkommen.

- Das Niveau der Gewerbesteuer soll in Bielefeld auch in Zukunft nicht über dem Durchschnitt der ver-
gleichbaren Städte in NRW (mit 200.000 bis 400.000 Einwohnern) liegen.
- Die gute Arbeit der städtischen Wirtschaftsförderung durch die WEGE mbH soll fortgesetzt werden. Ihre
Finanzierung ist mindestens auf dem heutigen Niveau zu sichern.
- Zur besseren Positionierung des Wirtschafts-, Hochschul- und Kulturstandorts Bielefeld soll ein umfassen-
des Standortmarketingkonzept entwickelt werden.
- Flächenrecycling hat Vorrang vor Neuausweisung. Nicht genutzte oder verfügbare Gewerbeflächen wer-
den im gesamten Stadtgebiet ermittelt und entsprechend aktiviert. Dabei handelt es sich teilweise um
Altstandorte, deren gewerbliche Wiedernutzung – soweit möglich unter Inanspruchnahme von Förder-
mitteln – durch die Wirtschaftsförderung forciert werden soll. Dies betrifft auch die Folgenutzung für den
ehemaligen Containerbahnhof.
- Das Flächenrecycling sowie die Vitalisierung „schlafender Flächen“ werden von den Partnern als Teil ei-
nes Standortmarketingkonzepts angesehen und damit als eine Kernaufgabe der WEGE mbH identifiziert.
- Die Umnutzung der bisher von den britischen Streitkräften genutzten Flächen (Konversion) soll mit einem
Runden Tisch unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern begleitet werden, der als „Chefsache“ beim
Oberbürgermeister angesiedelt wird. Dabei ist vorstellbar, Teile der Flächen gewerblich zu nutzen. Hierzu
sind auch Gespräche mit umliegenden Städten und Gemeinden nötig. Ein besonderes Augenmerk liegt
auf den freiwerdenden innerstädtischen Fachhochschul-Standorten. Hier sind verschiedene Nutzungen
denkbar, die frühzeitig diskutiert und konzeptionell entwickelt werden sollen.
- Im Zuge der Überarbeitung des Gebietsentwicklungsplans ist zu entscheiden, ob und in welchem Umfang
neue Gewerbe- und Industriebereiche in der Stadt Bielefeld auszuweisen sind.

„Cradle-to-Cradle“

Durch die Teilnahme an verschiedenen EU-Projekten konnte die Stadt Bielefeld wertvolle Erfahrungen in der
Umsetzung der „Cradle-to-Cradle“-Philosophie in Europa sammeln, Kontakte zu wichtigen EU-Institutionen
knüpfen und als engagierter Partner an Ansehen auf europäischer Ebene hinzugewinnen. Vor diesem Hinter-
grund haben wir das Ziel, die in diesen Projekten gewonnenen Erkenntnisse bei der Errichtung und Nutzung
vor allem von städtischen Neu- und Ersatzbauten sowie der Entwicklung von neuen Gewerbegebieten vor Ort
in Bielefeld umzusetzen.

Digitale Agenda

Moderne und offene Verwaltung im digitalen Zeitalter – Stärkung von Open Government und Open Data

Eine „Stadt der Bürger und Bürgerbeteiligung“ erfordert es, Organisation und Aufgaben von Politik und Verwaltung neu zu denken. Die unter den Stichwörtern „Open Government“ und „Open Data“ zusammenzufassenden Entwicklungen der letzten Jahre, welche eine Öffnung hin zu mehr Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Beteiligung bedeuten, wollen wir auch in Bielefeld fördern.

Viele Informationen der Stadt stehen bereits heute online zur Verfügung, viele Anträge und Dienstleistungen der Stadt können schon heute auf elektronischem Wege eingereicht bzw. genutzt werden. Wir wollen die bestehenden Angebote weiter ausbauen und dazu folgende Projekte auf den Weg bringen:

- Schaffung eines Open Data Portals, in dem die von der Verwaltung erfassten Daten (soweit sie nicht besonders schützenswert sind) entsprechend den allgemein anerkannten Open-Data-Grundsätze bereit gestellt werden. Dies umfasst ausdrücklich auch die Haushaltspläne der Stadt Bielefeld.
- Erstellung eines Open Government Portals, auf dem die bereits bestehenden sowie noch zu ergänzende Online-Angebote der Verwaltung zusammengefasst und zentral auffindbar gemacht werden. Insbesondere soll in diesem Zusammenhang auch der Ausbau des E-Government verfolgt werden.
- Live-Übertragungen von Ratssitzungen im Internet und die Bereitstellung der Aufzeichnungen für spätere Abrufe. Eine Ausweitung der Live-Übertragungen auf Ausschusssitzungen wird geprüft.
- Ausdehnung der Open Government-Projekte auf die städtischen Unternehmen.
- Die konsequente Weiterentwicklung der „Bielefeld-App“.

Weitere Zielsetzungen im Rahmen der Modernisierung von Politik und Verwaltung sind:

- Die Prüfung der Einführung eines Bürgerhaushaltes unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden.
- Der stärkere Einsatz freier Software in der Verwaltung und öffentlichen Stellen.
- Die Einrichtung von kosten- und registrierungsfreien WLANs an öffentlichen Plätzen und in von der Stadt genutzten Gebäuden durch den Einsatz von Freifunk-Netzen.
- Die Umstellung der Weitergabe von Meldedaten von OptOut zu OptIn soll geprüft werden.

Durch diese und andere Maßnahmen wollen wir eine „Kultur der Offenheit“ in Politik und Verwaltung schaffen, aus der unter anderem eine stärkere Einbindung der Bürger und Bürgerinnen in die Arbeit und Entscheidungsprozesse, Steigerungen in der Dienstleistungsqualität, Kostensenkungen sowie neue Impulse für Wirtschaft und Tourismus erwachsen können. Zur Finanzierung wird ein jährliches Budget von 75.000 Euro bereitgestellt.

Kultur

Eine Vielzahl kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen prägen das Gesicht unserer Stadt und sorgen für ein lebendiges Bielefeld. Sie sind wichtige Bestandteile unseres Standortprofils.

Wir wollen die bewährte Landschaft aus institutioneller und freier Kultureinrichtungen erhalten, dabei auch Neues und Unbekanntes wagen, um die Kulturlandschaft in der Stadt sinnvoll weiter zu entwickeln.

- Die Umsetzung von Empfehlungen des Kulturentwicklungskonzepts (insbes. die Einrichtung eines Kulturrats und die Entwicklung von Vorschlägen zur Stärkung der kulturellen Bildung) wird unterstützt.
- Neue und innovative Kulturprojekte beleben das Leben in unserer Stadt. Sie werden gewünscht und unterstützt. Hierbei geht es häufig nicht um monetäre Förderung, sondern um das „Ermöglichen“, z.B. durch die Nutzung öffentlicher Leerstände für kreative Kultur, gemeinnützige Vereine oder Kulturwirtschaft. Wir setzen uns für mehr legale Sprayerflächen ein und unterstützen die Angebote im Bereich der „Subkultur“.
- Wir werden die interkulturelle Kulturarbeit stärken.
- Die Entstehung eines „Kulturhauses“ als Ort für Künstler/innen und Initiativen aus der Kreativwirtschaft unterstützen wir ebenso wie eine Stärkung der vielfältigen Stadtteilkultur.
- Wir anerkennen und unterstützen die vielfältigen Ausdrucksformen und zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bereich der Erinnerungskultur in unserer Stadt. Es gilt Bestehendes zu erhalten und Neues zu ermöglichen. Die Stadt wird ihren daraus resultierenden Verpflichtungen auch weiterhin gerecht werden.
- Als einem kulturellen „Leuchtturm“ für die Region stehen wir einer möglichen Kunsthallenerweiterung aufgeschlossen gegenüber. Bei der derzeitigen Haushaltslage muss diese aber vollständig durch private Förderer und Initiativen sichergestellt werden. Dies gilt auch für die Betriebskosten.

Umwelt, Natur, Klimaschutz

Bielefeld bleibt dran am Klimaschutz

2007 hat sich der Rat einstimmig den Klimaschutzzielen der Bundesregierung angeschlossen. Seitdem konnte Einiges bewegt werden und die Bielefelder CO₂-Bilanz weist deutliche Erfolge auf. Wir wollen diesen Weg des „Handlungsprogramms Klimaschutz“ weitergehen.

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht alleine von der Stadt bewältigt werden kann. Vielmehr sind Wirtschaft, Verbände und alle Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, ihrerseits den notwendigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Die vom Rat vereinbarten Klimaschutzziele (Reduzierung des CO₂-Ausstosses um 40% bis zum Jahr 2020 im Vergleich zum Basisjahr 1990 und 20 Prozent der verbrauchten Energie aus regenerativen Quellen zu erzeugen) werden wir aktualisieren. Unsere Ziele sind:

- Fortschreibung der Bielefelder Klimaschutzziele mit der Zielmarke 80% CO₂-Minderung bis zum Jahr 2050
- Fortsetzung von Projekten wie „Energiesparen macht Schule“, dem „Bielefelder Beratungsnetzwerk Altbau“, der energetischen Sanierung Sennestadt oder auch Aktionen zur Motivationsförderung wie z.B. „Stadtradeln“ und die „klimagesunde Betriebsküche“.
- Durch die Verstärkung der Integration von Klimaanpassungsstrategien in Grünplanung und Stadtentwicklung werden wir den Auswirkungen des Klimawandels (Hitzeperioden, Starkregenereignisse etc.) entgegenwirken.

Klimafreundliche Verwaltung

Klimaschutz ist zwar eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dennoch haben öffentliche Verwaltungen eine wichtige Vorbildfunktion, der auch unsere Stadtverwaltung gerecht werden soll. Die Rezertifizierung mit Gold im Rahmen des „European Energy Award“ zeigt, dass die Verwaltung bisher viel erreicht hat. Trotz allem besteht Luft nach oben.

- Green IT: Die Anschaffung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie soll über den gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend gestaltet werden. Die Auswahlkriterien für Anschaffung und Nutzung werden überprüft und gegebenenfalls jährlich angepasst.
- Die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften wird konsequent weitergeführt. Bei etwaigen Neubauten soll der Niedrigstenergiehaus-Standard erreicht werden.
- Das städtische Energiemanagement wird gestärkt. Gering-investive Maßnahmen tragen zur Entlastung des kommunalen Haushaltes bei, indem der Wasser- und Stromverbrauch signifikant gesenkt wird. Aufträge an das örtliche Handwerk erhöhen die lokale Wertschöpfung.
- Der städtische Fuhrpark, inklusive den Fahrzeugen der städtischen Eigenbetriebe und Töchter, wird kritisch überprüft. Bei Neuanschaffungen wird auf umweltfreundliche Motorisierung Wert gelegt – die Einführung eines Grenzwertes im CO₂-Ausstoß wird auf den Weg gebracht.
- Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept für die Verwaltung soll erarbeitet werden.
- Im April 2013 wurde Bielefeld als „Fair-Trade-Stadt“ anerkannt. Die vielen Projekte und Aktionen gilt es weiterhin zu unterstützen – die Bewerbung zur Rezertifizierung wird unterstützt.

Bielefeld: grün und gesund

In Bielefeld lebt es sich gut. Damit das so bleibt, müssen wir weiterhin unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen und für gesunde Lebensbedingungen sorgen.

- Sicherung und Schutz der städtischen Grünzüge vor Bebauung, um die Frischluftzufuhr in die Stadt zu gewährleisten
- Effektiver Schutz von innerstädtischen Bäumen
- Verminderung des Flächenverbrauchs, auch im Sinne des Boden- und Grundwasserschutzes
- Sanierung belasteter Flächen
- Konsequente Umsetzung der Fachpläne für Luftreinhaltung und Lärminderung
- Keine Bebauung in Wasserschutzgebieten

Natur schützen – auch und gerade in der Stadt

Bielefeld ist Mitglied im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“. Das ist ein wichtiges Engagement, denn der Erhalt der biologischen Vielfalt ist neben dem Klimaschutz die zweite große globale Herausforderung. Wir haben viele Möglichkeiten zu zeigen, welchen Beitrag auch eine Großstadt für den Schutz der Natur leisten kann:

- Das Konzept der naturnahen Waldwirtschaft der Umweltverbände wird bei der Neuaufstellung des Forstbetriebswerks zur Grundlage genommen. Die Herausnahme weiterer Flächen aus der Bewirtschaftung ist dabei ein Baustein.
- Hinsichtlich der Landwirtschaft erwarten wir, dass städtische Flächen, die bislang schon in kontrolliert biologischer Weise bewirtschaftet werden, in dieser Qualität gesichert und - wenn möglich - weitere Flächen in diese Bewirtschaftungsform überführt werden.
- Das Zielkonzept Naturschutz muss als wesentliche Grundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklung in alle Planungen einfließen. Die Ausweisung von Baugebieten auf den im Zielkonzept dargestellten roten Flächen (höchste Wertigkeit) sollen ausgeschlossen werden.
- Für die Johannisbachau erwarten wir ein Konzept, dass der Schutzwürdigkeit dieses schönen Naturraums einerseits und dem Wunsch der Menschen nach Naherholung andererseits gerecht wird. Wir wollen die Johannisbachau als Naturschutzgebiet ausweisen; die Schutzgebietsverordnung soll (und kann) beidem gerecht werden.
- Der Strothbachwald steht aus gutem Grund bereits seit vielen Jahren unter Naturschutz; eine Bebauung ist aufgrund der hohen naturschutzfachlichen Wertigkeit ausgeschlossen. Wir wollen die Aufhebung der noch bestehenden Bauleitpläne veranlassen und die entsprechenden Beschlüsse kurzfristig im Rat fassen.
- Auf eine Bebauung in der „Baderbachau“ wird verzichtet.
- Die Senne-Dünen sollen erhalten werden.

Klärschlamm

Ökologie und Nachhaltigkeit sind uns auch bei der Entsorgung des Bielefelder Klärschlammes ein großes Anliegen. Das zukünftige Entsorgungskonzept soll sich noch stärker als bisher am Bodenschutz einerseits und der Rückgewinnung von wichtigen Mineralstoffen andererseits orientieren. Wir erwarten, dass die Verwaltung schon jetzt für den Zeitraum ab 2020 neue und innovative Möglichkeiten des Umgangs mit Klärschlamm auslotet, die auf eine landwirtschaftliche Verwertung verzichten. Hierbei sind auch die Energie- und Rohstoffpotentiale der Kläranlagen einzubeziehen.

Urban Gardening

Sinn und Bestimmung des öffentlichen Raumes verändern sich. Wir setzen uns dafür ein, dass städtische Grünanlagen auch nach dem Prinzip des urbanen Gartenbaus bepflanzt werden.

- Der Anbau von lokalen Gemüse-, Obst-, Kräuter- und Wildpflanzen sowie Blumen und Sträucher auf den Flächen durch zivilgesellschaftliche Initiativen soll ermöglicht werden.
- Die Umsetzung des Konzeptes „Essbare Stadt“, welches in Andernach am Rhein bereits seit mehreren Jahren erfolgreich durchgeführt wird, soll geprüft werden.
- Bereits bestehende Bielefelder Initiativen des Urban Gardenings sollen gefördert und eingebunden werden.

Tierschutz

Tierschutz ist uns ein besonderes Anliegen. Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um Zirkussen mit Wildtieren in Bielefeld keine Standortgenehmigungen zu erteilen.

Energie

Die Energiewende, weg von Atomstrom und fossilen Energiequellen ist ein zentrales und gesamtgesellschaftliches Projekt. Vor Ort sind wir in der Verantwortung, dass dieses auch gelingt und wir unseren Beitrag dazu leisten.

- Das Energiekonzept der Stadt und der Stadtwerke Bielefeld soll jährlich fortgeschrieben und öffentlich diskutiert werden.

Energie einsparen

- Energie, die nicht produziert werden muss, ist der effizienteste Beitrag zum Klimaschutz.
- Aus diesem Grund unterstützen wir Initiativen und Förderungsmöglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz. Hierzu gehört insbesondere die energetische Sanierung im Bestand, die privat geleistet, aber auch weiterhin durch öffentliche Beratung und Fördermaßnahmen unterstützt wird. Hierzu müssen bestehende Programme qualitativ und quantitativ ausgewertet und angepasst werden, um eine noch effektivere Breitenwirkung zu erzielen.
- Die Stadtwerke Bielefeld sind ein zentraler Akteur, dessen Unterstützung und Expertise wir bei der Steigerung der Energieeffizienz weiterhin nutzen werden.

Energie gewinnen

- Die Stadtwerke Bielefeld sind unser kommunaler Energiedienstleister. Sie bleiben auch künftig in der Energieerzeugung. Ziel ist es, mindestens den Energiebedarf der Bielefelder Haushalte möglichst schnell mit Strom aus erneuerbaren Quellen zu decken.
- Das geht in erster Linie durch den Ausbau klimafreundlicher Energien. Dazu gehören der Bau von Windkraftanlagen auf geeigneten Vorrangflächen in Bielefeld und der Region sowie der Ausbau des Bielefelder Fernwärmenetzes und dezentraler Erzeugungsanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung.
- Wir wollen Vorrangflächen für Windenergieanlagen auf Bielefelder Stadtgebiet ausweisen und solche Anlagen unter Beteiligung von Bürger/innen (z.B. durch Bürgerenergieanlagen, Bürgerfonds) auch realisieren.
- Öffentliche Dachflächen werden bei Eignung, wie bisher, auch weiterhin kostenlos für Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt.
- Der Bezug und Verkauf von Strom aus dem AKW Grohnde endet im Jahr 2018.

Ausbau der Elektromobilität

- Der Ausbau der Elektromobilität soll verstärkt werden. Dazu sollen Maßnahmen entwickelt werden, die den Bielefelderinnen und Bielefelder den Zugang zur Elektromobilität vereinfachen, z. B. mit Car-Sharing-Konzepten. Um mit einem Elektro-Mobil flexibel unterwegs zu sein, bedarf es einer attraktiven Ladesäulen-Infrastruktur. Diese werden wir in Bielefeld ausbauen.

Gleichstellungspolitik

Nicht nur die Gleichstellung von Frau und Mann ist ein wesentlicher Bestandteil einer modernen und zukunftsfähigen Stadt. Wir sind für gelebte Vielfalt und engagieren uns für eine tolerante Stadtgesellschaft.

- Alle Bielefelder und Bielefelderinnen sollen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung gleichberechtigt und selbstbestimmt leben. Wir verurteilen jegliche Diskriminierung - Bielefeld ist bunt und soll es auch bleiben!
- Das umfangreiche Netzwerk von Initiativen und Einrichtungen, von Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen von und für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und intersexuelle Menschen sowie Menschen, die sich als Queer verstehen, unterstützen und fördern wir.
- Diversity Management: Die gute Arbeit der städtischen Gleichstellungsstelle soll fortgeführt und erweitert werden. Neben dem Blick auf Gleichstellung von Mann und Frau leistet die Gleichstellungsstelle wertvolle Arbeit zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt.
- Wir unterstützen das Ziel, 40% der Sitze in Aufsichtsräten mit Frauen zu besetzen und fordern dies gegenüber der Wirtschaft und städtischen Beteiligungen ein. Das gilt ebenso auf der kommunalen Ebene: Wir stellen uns der Aufgabe, deutlich mehr Frauen für ein kommunalpolitisches Engagement zu gewinnen.
- Die Weiterentwicklung des Gender Mainstreamings verstehen wir als Querschnittsaufgabe in der Kommune. Wir wollen einen Leitfaden entwickeln, der dem demografischen Wandel entgegenwirkt, die Fachkräftesicherung ins Zentrum rückt und Bielefeld als moderne und wettbewerbsfähige Kommune erhält.
- Die Gleichstellungspolitik in unserer Stadt soll wesentlicher Bestandteil des Berichtswesens werden. Wir informieren uns in regelmäßigen Abständen beispielsweise über den Frauenförderplan oder über die Arbeit gegen Homo- und Transphobie und werden nach Bedarf Justierungen vornehmen, um die Gleichstellung in allen Bereichen voran zu bringen.

Regionale Zusammenarbeit

Regionale Vernetzung und Zusammenarbeit gewinnt an Bedeutung. Die wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und ökologischen Verflechtungen enden nicht an der Stadtgrenze, sondern erstrecken sich über das Umland Bielefelds. In unserem Umland hat Bielefeld die Bedeutung einer „Regiopole“. Das wollen wir aufnehmen und mit unseren Nachbarstädten eine Regiopole bilden.

- Durch die Zusammenarbeit stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit
- Gemeinsame Steuerung der Raumordnung
- Als Regiopole werden wir größere Chancen haben, bei der Regional- und Landesplanung mit unseren Interessen beachtet zu werden, geförderte Aktionsprogramme der Bundes- und der EU-Ebene zu akquirieren und die interkommunale Kooperation zu vertiefen
- Zusammenarbeit bei der Förderung des Wirtschaftsstandortes Ostwestfalen-Lippe und der Nutzung von Konversionsflächen
- Um die Region OWL im Bereich der Mediziner Ausbildung zu stärken, unterstützen wir die Einrichtungen der Universität Bielefeld, die Forschung, Ausbildung und Lehre beinhalten. Hierbei sollen die besonderen Stärken der Hochschule berücksichtigt werden. Die Einrichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld sehen wir weiterhin als erstrebenswertes Ziel.
- Kooperation bei der Suche nach Standorten und bei der Realisierung von Windkraftanlagen
- Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit auf möglichst viele Bereiche (z.B. Gewerbegebiete, Kultur und weitere Verwaltungsbereiche)
- Ausbau der Lade-Infrastruktur für E-Mobilität in der Region OWL mit ökologischem Strom
- Ausbau der Regionalwirtschaft (z.B. mit regionalen Qualitätssiegeln u.ä.)

